

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Das Tagesblatt des Erzgebirges ist ein monatlich erscheinendes Organ, das die Interessen der Bevölkerung des Erzgebirges vertritt. Es enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue.

Das Tagesblatt des Erzgebirges ist ein monatlich erscheinendes Organ, das die Interessen der Bevölkerung des Erzgebirges vertritt. Es enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue.

Nr. 267

Donnerstag, den 16. November 1922

17. Jahrgang

Vor dem Scherbenhaufen.

(Von unserem parlamentarischen Mitarbeiter.)

Von allen Ueberraschungen der letzten Tage ist der plötzliche Sturz des Kabinetts Wirth die größte; von allen Unbegreiflichkeiten ist sie die unerklärlichste. Eine Mehrheit, so stark, wie sie noch keinem Reichskanzler nach der Revolution zur Verfügung gestanden hatte, war bereit, die Regierung Wirth in ihren schwierigen äußeren und innerpolitischen Aufgaben der nächsten Wochen und Monate tatkräftig zu unterstützen. Diese Mehrheit von Stresemann bis Dreifeld hatte sich bereits auf ein genau formuliertes Programm geeinigt, das sich nicht in allgemeinen Redewendungen erging, sondern fest umrissene Aufgaben zu lösen versprach. Der Reichskanzler Dr. Wirth hatte auf Grund dieses Programms eine der bedeutendsten Reden an die Reparationskommission nach Paris gehalten, die dem Ausland und dem deutschen Volk weitgehende Hoffnungen auf eine wesentliche Entspannung der kritischen Lage gestattete. Die Regierung Wirth hatte sich zum erstenmal zu aktiver Politik bekannt und dabei den Beifall weitester Kreise im In- und Ausland gefunden. Und in diesem Augenblick, als nur noch das Urtheil auf das I gesetzt werden sollte, sah sich Dr. Wirth mit seinem Kabinett gesondert, zurückzuziehen!

Wem trifft die Schuld? Der Gang der Ereignisse ist unklar. Aus ihm ergibt sich, daß die Schuld an dieser Katastrophe auf den Reichskanzler selbst, die Sozialdemokratie und die Deutsche Volkspartei verteilt werden muß. Wieviel Prozentteile derselben auf jeden dieser drei Beteiligten entfallen, das mögen sie unter sich gutschaffen. Parteipolitisch ist diese Schuldverteilung gewiß von erheblicher Bedeutung, aber zur Ueberwindung der nunmehr geschaffenen großen Schwierigkeiten kann sie nicht beitragen.

Die wichtigste Frage lautet jetzt: Was soll werden? Nach der Verfassung hat, wie in allen parlamentarisch regierten Staaten, der Reichspräsident jetzt die Aufgabe, einen ihm geeignet erscheinenden Mann mit der Neubildung der Regierung zu beauftragen. Herr Ebert hat diese Aufgabe sofort richtig erfaßt und zunächst mit den Führern der Parteien einzeln die Lage besprochen, um sich volle Klarheit in sachlicher und persönlicher Hinsicht zu verschaffen. Von den Parteien hat das Zentrum bereits öffentlich erklärt, daß es nach dem Vorgesagten keine Veranlassung habe, seinerseits einen Nachfolger für Wirth zu benennen. Die Demokraten haben selbstverständlich ihren bisher stets vertretenen Standpunkt ausdrücklich erhalten, daß es nicht ihrer und der Fraktionen Aufgabe sein könne, dem Reichspräsidenten die ihm von der Verfassung auferlegten Obliegenheiten abzunehmen und ihrerseits Vorschläge für den neuen Kanzler oder gar für einzelne Minister zu machen. Die Sozialdemokratie und die Deutsche Volkspartei haben sich vorläufig in Schweigen gehüllt und verhalten also wohl zunächst auf ihrem zuletzt behaupteten Standpunkt. Reichspräsident Ebert hat vorerst noch niemanden mit der Kabinettsbildung neu beauftragt. In demokratischen Kreisen besteht auf Grund der bisherigen Besprechungen indessen der Eindruck, daß Herr Ebert sich in den gleichen Fehler wie Dr. Wirth verfallen und sich von den Parteien den künftigen Regierungschef empfehlen lassen, sondern auf eigene Verantwortung und streng parlamentarisch vorgehen wird. Das künftige Regierungsprogramm ist ja bereits vorhanden. Das erleichtert die Aufgabe Eberts wesentlich. Vermuthlich wird er jetzt einen Politiker suchen, der bereit ist, auf Grund dieses Programms ein überparteiliches Kabinett zusammenzustellen, mit dem er dann vor den Reichstag treten und sich das Vertrauen aussprechen lassen wird.

Manlich wachsen in dieser Zwischenzeit Gerüchte wie Pilze nach einem Regen. Da soll der Reichspräsident bereits die Namen Udenauer und Graf Wäber in den Vorbesprechungen genannt haben. Wir können versichern, daß das ebenso unrichtig ist, wie die weitere Meldung, daß die Deutsche Volkspartei den preussischen Ministerpräsidenten habe wissen lassen, sie werde aus der preussischen Regierungskoalition zurücktreten, wenn sie nicht in die Reichskoalition aufgenommen werde. Alle verantwortlichen Männer einschließlich des Reichspräsidenten Ebert sind diesmal entschlossen, den Spielraum zu gewahren. Die neue Regierungsbildung soll sich vielmehr ohne unnötige Aufregung vollziehen. Man wird sie nach Möglichkeit beschleunigen, aber vorher nicht viel Worte machen. Auch in den Fraktionsitzungen wird diesmal weniger als früher bei solchen Anlässen mitgeteilt und debattiert. Man wird diese Lücke gewiß allgemein billigen.

Wirths Laufbahn.

Dr. Josef Wirth, der am 6. September 1879 zu Freiburg i. Br. geboren wurde, also erst 48 Jahre zählt, ist vor dem

Kriegs und auch noch während des Krieges in der Parteipolitik nur im lokalen Kreise, in der großen Politik überhaupt nicht hervorgetreten. Er studierte an der Universität seiner Heimatstadt Mathematik und Naturwissenschaften, wurde 1906 promoviert und erhielt 1908 die Stellung eines Mathematiklehrers am Realgymnasium zu Freiburg. 1911 wurde er daselbst Stadtverordneter und 1918, als Mitglied der Zentrumspartei, bairischer Landtagsabgeordneter. 1914 kam er in den Reichstag, 1919 wurde er Mitglied der bairischen Landesversammlung und der Verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung, nachdem man ihn schon vorher zum Finanzminister seines Heimatlandes gemacht hatte. Als Eraberger, zu dessen Anhängern und Vertrauten er eine Zeitlang zählte, zurücktrat und man einen in der praktischen Finanzpolitik bereits erfahrenen Paretigenossen suchte, wurde der bairische Finanzminister 1920, zunächst im Kabinett Bauer Reichsminister der Finanzen. Er blieb in dieser Stellung, in der er anfänglich politisch wenig hervortrat, auch in der Ära Fehrenbach-Simons und stellte sich, als mit dem Londoner Ultimatum die Simons'sche Außenpolitik zusammenbrach, im Einvernehmen mit der Sozialdemokratie mit dem Programm der Erfüllungspolitik in die Bresche. Mit diesem Programm ist er am 10. Mai 1921 Kanzler des Deutschen Reiches geworden.

Der Reichstag über die Not der deutschen Wissenschaft.

Berlin, 16. November. Am Regierungstische nur Staatssekretär Schulz. Das Haus ist schwach besetzt. Ein von allen Parteien beantragter Beschlusstext zur Abänderung des Verdrängungs-, des Kolonial- und des Auslandschuldengesetzes, der der fortschreitenden Geldentwertung Rechnung trägt, die Aufschläge zum Ersatz von Hausrat und Kleidungsstücken und zur Baroque erhöht, wird in allen drei Lesungen angenommen. Dann begründet Dr. Schreiber (Centr.) die Interpellation betreffend die

Not der deutschen Wissenschaft

Deute erst und jüngernd melbet sich die deutsche Wissenschaft in ihrer Not zum Wort. Vieles von unserer geistigen Kultur liegt in Trümmern. Der Rettung unserer Wissenschaft ist die der Kultur zur Seite getreten. Von der Kunst und der Presse will ich heute gar nicht reden, obwohl die Wissenschaft der Presse bedarf. Zunächst handelt es sich hier um die Hochschulen. Unsere Forschungsinstitute, die die Wissenschaft dringend braucht, zerfallen. Das Institut für Experimentelle Therapie in Berlin und Frankfurt kann nicht mehr weiterarbeiten. Ein großer Teil der besten Kräfte unter den Gelehrten geht infolge der Nahrungsjorgen zur Industrie über. Die Privatdozenten sind größtenteils nur noch im Nebenberuf Forscher. Das ist verhängnisvoll. Der Staat muß die Privatdozenten sicherstellen. Viele Dozenten sind in den Ferien bereits wie die Werkstudenten bei Tiefbauarbeiten und in Bergwerken tätig.

Staatssekretär Schulz erkennt in Verantwortung der Interpellation die schweren Sorgen und Nöte der deutschen Wissenschaft durchaus an. Die Grundursache der Verdrängung sei der verlorene Krieg. Während des Krieges haben sich eine Reihe von Wissenschaften auf den Krieg eingestellt und sind so ihren Hauptaufgaben entzogen worden. Vor allem aber sind die wissenschaftlichen Beziehungen zum Ausland zerstört worden. Über die deutsche Wissenschaft hat deshalb nicht nur der Kopf sinken lassen. Sie trat an die Reichsregierung mit der Bitte um Unterstützung in Form einer Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft heran. Das Reich begann seine Unterstützung der Notgemeinschaft mit einer Summe von 20 Millionen Mark. 1921 wurden ebenfalls 20 Millionen bewilligt und 1922 wurde diese Summe im Haushaltsauschuss verdoppelt. Wie haben aber weitere 40 Millionen anfordern müssen. Und auch diese werden noch nicht ausreichen. Das Reich darf den einmal beschrittenen Weg zur Unterstützung der deutschen Wissenschaft nicht wieder verlassen, ohne sie der Gefahr des Zusammenbruchs auszuliefern. Den neuen Typ des deutschen Studenten, den Werkstudenten, beurteilt das Reich gleichfalls sympathisch. Der Staatssekretär teilt mit, daß Vertreter aller Fraktionen zur Befestigung des Deutschen Museums in München und des Germanischen Museums in Nürnberg eingeladen sind. Auch die außerordentliche Vollversammlung der deutschen Kunst, führt er fort, bedürfe der Hilfe. Die deutschen Bildhauer und Maler sind vielfach nicht mehr in der Lage, sich ein Atelier zu halten und helfen zu können. Gewissermaßen Instrumente der deutschen Orchestermusik stehen vor der Gefahr, keinen Nachwuchs mehr zu haben. Das deutsche Schrifttum leidet unmittelbar körperliche Not.

Das Haus beschließt darauf die Verbrückung der Interpellation und vertagt sich auf morgen 2 Uhr: Liquidationschuldengesetz, Fortsetzung der heutigen Besprechung. — Schluß gegen 6 Uhr.

Die Aenderung der Einkommensteuer.

Die steigende Geldentwertung zwingt dazu, den Einkommensteuertarif wiederum zu ermäßigen. Der dem Reichstag zugegangene Entwurf eines Gesetzes zur Aenderung des Einkommensteuergesetzes gibt folgendes Bild. Bisher wurden gezahlt bei einem steuerbaren Einkommen von 100 000 Mark 10 000 Mark von 200 000 Mark 27 000 Mark, bei 300 000 Mark 40 000 Mark, bei 400 000 Mark 55 000 Mark, bei 500 000 Mark 68 000 Mark, bei 600 000 Mark 80 000 Mark, bei 700 000 Mark 95 000 Mark, bei 800 000 Mark 110 000 Mark, bei 900 000 Mark 125 000 Mark, bei 1 000 000 Mark 140 000 Mark, bei 1 200 000 Mark 165 000 Mark, bei 1 400 000 Mark 190 000 Mark, bei 1 600 000 Mark 215 000 Mark, bei 1 800 000 Mark 240 000 Mark, bei 2 000 000 Mark 265 000 Mark, bei 2 200 000 Mark 290 000 Mark, bei 2 400 000 Mark 315 000 Mark, bei 2 600 000 Mark 340 000 Mark, bei 2 800 000 Mark 365 000 Mark, bei 3 000 000 Mark 390 000 Mark, bei 3 200 000 Mark 415 000 Mark, bei 3 400 000 Mark 440 000 Mark, bei 3 600 000 Mark 465 000 Mark, bei 3 800 000 Mark 490 000 Mark, bei 4 000 000 Mark 515 000 Mark, bei 4 200 000 Mark 540 000 Mark, bei 4 400 000 Mark 565 000 Mark, bei 4 600 000 Mark 590 000 Mark, bei 4 800 000 Mark 615 000 Mark, bei 5 000 000 Mark 640 000 Mark, bei 5 200 000 Mark 665 000 Mark, bei 5 400 000 Mark 690 000 Mark, bei 5 600 000 Mark 715 000 Mark, bei 5 800 000 Mark 740 000 Mark, bei 6 000 000 Mark 765 000 Mark, bei 6 200 000 Mark 790 000 Mark, bei 6 400 000 Mark 815 000 Mark, bei 6 600 000 Mark 840 000 Mark, bei 6 800 000 Mark 865 000 Mark, bei 7 000 000 Mark 890 000 Mark, bei 7 200 000 Mark 915 000 Mark, bei 7 400 000 Mark 940 000 Mark, bei 7 600 000 Mark 965 000 Mark, bei 7 800 000 Mark 990 000 Mark, bei 8 000 000 Mark 1 015 000 Mark, bei 8 200 000 Mark 1 040 000 Mark, bei 8 400 000 Mark 1 065 000 Mark, bei 8 600 000 Mark 1 090 000 Mark, bei 8 800 000 Mark 1 115 000 Mark, bei 9 000 000 Mark 1 140 000 Mark, bei 9 200 000 Mark 1 165 000 Mark, bei 9 400 000 Mark 1 190 000 Mark, bei 9 600 000 Mark 1 215 000 Mark, bei 9 800 000 Mark 1 240 000 Mark, bei 10 000 000 Mark 1 265 000 Mark.

280 000 Mark, bei 1 Million 285 000 Mark und so steigend bis 99,1 Prozent — bei 20 Millionen — des Einkommens. Für 1922 sollen nach dem neuen Entwurf gezahlt werden: für 100 000 Mark wiederum 10 000 Mark, für 200 000 Mark 20 000 Mark, für 300 000 Mark 25 000 Mark, für 400 000 Mark 30 000 Mark, für 500 000 Mark 35 000 Mark, für 600 000 Mark 40 000 Mark, für 700 000 Mark 45 000 Mark, für 800 000 Mark 50 000 Mark, für 900 000 Mark 55 000 Mark, für 1 Million 60 000 Mark. Für das Jahr 1923 sollen gezahlt werden: für 100 000, 200 000 und 300 000 Mark ebenfalls 10 000, 20 000 und 30 000 Mark und 25 000 Mark wie für 1922, für 400 000 Mark 30 000 Mark, für 500 000 Mark 35 000 Mark, für 600 000 Mark 40 000 Mark, für 700 000 Mark 45 000 Mark, für 800 000 Mark 50 000 Mark, für 900 000 Mark 55 000 Mark, für 1 Million 60 000 Mark. Der Durchschnitt wird sowohl 1922 wie 1923 mit 50 Millionen Einkommen erreicht. Er beträgt für 1922 57,9 Prozent, für 1923 56,8 Prozent des Einkommens.

Die neuen Bergarbeiterlöhne.

Wie bekannt, haben im Reichsarbeitsministerium Ende voriger Woche erneut Verhandlungen über Lohn-erhöhung im Bergbau stattgefunden, nachdem der für November zu Anfang dieses Monats im Reichsarbeitsministerium gefällte Schiedsspruch für Westfalen von den Arbeitern abgelehnt worden war. In gleicher Weise war auch von den sächsischen Bergarbeitern der für Sachsen ergangene Schiedsspruch nicht angenommen worden. Der Reichsarbeitsminister, der für das unparteiliche Zustandekommen des Schiedspruches durch Bestellung des Vorsitzenden und sachverständiger Helfer seinerseits Sorge getragen hatte, hat — und das ist wohl das erste Mal, daß dies überhaupt geschehen ist — die Schiedsprüche gegen die Arbeitnehmer für allgemein verbindlich erklärt, d. h. die fehlende Zustimmung der Arbeitnehmerseite durch die Verbindlichkeitsklärung ersetzt und so die Sprüche gütig gemacht.

Der Reichsarbeitsminister hat aber in Ansetzung der fortschreitenden Forderung die Verbindlichkeitsklärung auf die erste Novemberhälfte beschränkt, nachdem auch die Arbeitgeber schon ihre Bereitwilligkeit erklärt hatten, vom 16. November an eine neue Lohnverhöhung einzutreten zu lassen. In langwierigen Schiedsgerichtsverhandlungen ergab sich dann eine 55prozentige Lohnverhöhung auf die Löhne der ersten Hälfte des Monats. Durch Vereinbarung wurde der sächsische Bergarbeiterlohn im Durchschnitt ebenfalls um 55 Prozent des durchschnittlichen Lohnes der ersten Novemberhälfte erhöht, was eine durchschnittliche Erhöhung je Kopf und Schicht von 560 Mark einschließt einer erheblichen Erhöhung der Soziallöhne, Hausstandesgeld und Kindergeld, ergibt. Die Lohnverhöhung wird wiederum eine beträchtliche Preiserhöhung für Kohle nach sich ziehen, aber die zur Zeit in Berlin verhandelt wird. Voraussichtlich wird auch die Kohlenabgabe für Bergmannswohnstätten erhöht werden.

Kleine politische Meldungen.

Das Arbeitsprogramm des Reichstages. Der Vizepräsident des Reichstages hat sich heute mittig dahin entschieden, daß auch während der Regierungskrise die Sitzungen des Reichstages fortgesetzt werden sollen, da die Parteien so wie so zu Besprechungen über die Besetzung des Kabinetts in Berlin versammelt bleiben werden. Jedoch sollen nur solche Gegenstände beraten werden, die eigene Angelegenheiten des Reichstages betreffen.

Ausdehnung der Aufrührerbewegung. Die kommunistische Aufrührerbewegung im Rheinlande beginnt sich auf die Ostgebiete des Reiches auszudehnen, was auf eine gemeinsame Leitung der neuen Aufrührerbewegungen durch eine Zentrale schließen läßt. In Königsberg, Allenstein und Marienwerder haben gestern kommunistische Ausschreitungen stattgefunden. Die Polizei hatte Mühe, Unruhen zu verhindern. In Adnigsberg fand eine Anzahl Sowjetrußen verhaftet worden, die mit falschen Pässen zu Schiffe herangekommen waren. Auch aus Mitteldeutschland werden wesentliche Unruhen gemeldet. So besonders aus den halleischen und merseburgischen Braunkohlen- und Industriegebieten.

Subventionen an die Luftverkehrsgeellschaften. Im Luftverkehrsministerium des Reichstages stand am 15. November ein Antrag Dettus zur Besprechung, der bei Vergabe von Subventionen an die Luftverkehrsgeellschaften Rücksicht auf die Verkehrsverhältnisse erlangt. Er wurde der Regierung zur Erwägung überwiesen.

Die „Times“ über den deutschen Reparationsplan. Der Finanzredakteur der „Times“ schreibt: Der Plan der deutschen Regierung für eine Stabilisierung der Mark enthält gewisse Vorschläge, die ihn wahrscheinlich in seiner letzten Gestalt für die Alliierten unannehmbar machen würden. Die Vorschläge bedeuteten jedoch einen beträchtlichen Fortschritt gegenüber jedem anderen Schritte, der von der deutschen Regierung zur Lösung der Währungsfrage bisher gemacht worden sei. Es sei die erste praktische Anstrengung, die Deutschland gemacht habe, um die Währungsrestriktion seiner Finanzen zu beseitigen.

Der Reparationsplan bleibt bestehen. Von unabhängiger Seite wird erklärt: Der Rührer der jetzigen Regierung beruht in